

Protokoll 66. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 25. September 2019, 21.00 Uhr bis 23.40 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Heinz Schatt (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 109 Mitglieder

Abwesend: Monika Bättschmann (Grüne), Duri Beer (SP), Natalie Eberle (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Martin Götzl (SVP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Thomas Kleger (FDP), Pascal Lamprecht (SP), Maleica Landolt (GLP), Claudia Rabelbauer (EVP), Matthias Renggli (SP), Alan David Sangines (SP), Christine Seidler (SP), Maria del Carmen Señorán (SVP), Roger Tognella (FDP), Martina Zürcher (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 15. | 2019/110 | E/A Postulat von Dr. Pawel Silberring (SP) und Barbara Wiesmann (SP) vom 20.03.2019:
Optimierung der Priorisierung des öffentlichen Verkehrs | VSI |
| 16. | 2019/223 | E/A Postulat der FDP-Fraktion vom 22.05.2019:
Strategie für eine Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs | VTE |
| 17. | 2019/215 | E/A Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 22.05.2019:
Rasche Umrüstung der betriebsnotwendigen Fahrzeugflotte auf leichte und energieeffiziente Motorfahrzeuge mit alternativen Antriebsformen oder E-Cargobikes | FV |
| 18. | 2019/219 | A Postulat der FDP-Fraktion vom 22.05.2019:
Aufhebung von Nachtfahrverboten für Elektrofahrzeuge | VSI |
| 19. | 2019/224 | E/A Postulat der FDP-Fraktion vom 22.05.2019:
Günstigere Gebühren für Blaue-Zone-Parkkarten für kleinere, leichtere und umweltfreundlichere Fahrzeuge | VSI |
| 20. | 2019/222 | E/A Postulat der FDP-Fraktion vom 22.05.2019:
Längere Parkerlaubnis für umweltfreundlichere und kleinere, leichtere Fahrzeuge | VSI |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|--|-----|
| 21. | 2018/358 | E/A | Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Florian Utz (SP) vom 19.09.2018:
Sicherstellung einer Wahlmöglichkeit betreffend mindestens einer warmen vegetarischen Mahlzeit in städtischen Kantinen und Restaurants | VGU |
| 22. | 2018/361 | E/A | Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Guido Hüni (GLP) vom 19.09.2018:
Systematische Erfassung und Reduzierung der Umweltauswirkung von Mahlzeiten in städtischen Kantinen und Restaurants | VGU |
| 23. | 2019/143 | | Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:
Vereinfachung von energetischen Sanierungen im Sinne des Planungs- und Baugesetzes (PBG), Gewährleistung der Beurteilung von Sanierungen im Anzeigeverfahren und Verzicht auf zusätzliche Auflagen sowie Anteil der denkmalgeschützten und inventarisierten Gebäude am Gesamtenergiekonsum und möglicher Ausbau von Anreizen für Sanierungen | VHB |

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1723. **2019/420** **Erklärung der SVP-Fraktion vom 25.09.2019:** **Klimapolitik in der Stadt Zürich**

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Bartholdi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Rot-Grüner Klimaschutz: Ein schlecht getarnter Raubzug aufs Portemonnaie der arbeitenden Bevölkerung

Vordergründig geht es der rot-grünen Mehrheit in diesem Rat um den Schutz des Klimas. In Tat und Wahrheit ist der beinahe schon religiöse Hype um die vermeintliche «Klimakatastrophe» aber nichts anderes als ein mehr schlecht als recht getarnter Raubzug auf das Portemonnaie der Bevölkerung, eine gigantische Umverteilungsübung und ein Angriff auf unser marktwirtschaftliches System. Den selbsternannten Weltrettern auf der linken Seite ist es sehr wohl bewusst, dass die von ihnen propagierten Massnahmen zur Rettung des Klimas keinerlei Wirkung entfalten werden. Nichtsdestotrotz fordern sie mit beinahe religiöser Inbrunst, dass die Bevölkerung Busse tut, dem sündigen Leben abschwört und sich mit Ablasszertifikaten von ihren Klimasünden freikaufte. Dass ihre Rezepte bis tief ins Mark unsozial sind und genau diejenigen am meisten treffen werden, welche sie vorgibt zu vertreten, nämlich die sozial Schwächeren, die Tieflohneempfänger oder die mittellosen Rentner, das ist der rot-grünen Ratsmehrheit egal – Hauptsache der Ideologie ist Genüge getan. Beispiele gefällig? Der Mieter, der unter den hohen Nebenkosten ächzt, weil sich darin die stetig steigenden CO₂-Abgaben niederschlagen. Das Rentnerehepaar, dessen Budget bloss für eine neue Ölheizung reicht, nicht aber für die teure Wärmepumpe, die ihm rot-grün aufzwingen will. Der Pendler aus dem hintersten «Chrachen», der keine vernünftige ÖV-Verbindung an seinen Arbeitsplatz hat und die künstlich verteuerten Treibstoffpreise zähneknirschend bezahlt, weil er nicht aufs Auto verzichten kann. Die sechsköpfige Familie aus dem Kosovo, die für ihren Flug in die zweite Heimat in den Sommerferien 500 Franken mehr bezahlen muss und sich dieses Geld vom Mund abspart. Aber diese Leute sind SP, Grünen, AL und GLP egal. Denn deren wahre Klientel wird die rot-grüne Klimakeule kaum spüren: Der Teslafahrer

mit der subventionierten Photovoltaikanlage auf dem Einfamilienhausdach. Der «Cüplisozialist» in der Fernwärme-beheizten Genossenschaftswohnung. Der Schulpsychologe mit dem Ferienhäuschen im Tessin. Und und und.

Wir von der SVP spielen dieses durchschaubare Spiel nicht mit: Staatliche Bevormundung, Umerziehung und den Raubzug auf das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger lehnen wir konsequent ab. Deshalb:

- wer nicht mehr für Benzin und Diesel zahlen will, wählt SVP;
- wer nicht höhere Verkehrsabgaben zahlen will, wählt SVP;
- wer fürs Heizen nicht tiefer ins Portemonnaie greifen will, wählt SVP;
- wer nicht Geld für einen Solarstrom-Zwang ausgeben will, wählt SVP;
- wer keine künstliche Erhöhung der Flugticket-Preise will, wählt SVP;
- wer kein Verbot von Ölheizungen will, wählt SVP;
- wer weniger Vorschriften, Steuern, Abgaben und Gebühren will, wählt SVP.

G e s c h ä f t e

1718. 2019/110

**Postulat von Dr. Pawel Silberring (SP) und Barbara Wiesmann (SP) vom 20.03.2019:
Optimierung der Priorisierung des öffentlichen Verkehrs**

Die Beratung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 65, Beschluss-Nr. 1718/2019).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Das Postulat wird mit 93 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1724. 2019/223

**Postulat der FDP-Fraktion vom 22.05.2019:
Strategie für eine Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dominique Zygmunt (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1287/2019).

Christoph Marty (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Das Postulat wird mit 33 gegen 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1725. 2019/215

Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 22.05.2019:

Rasche Umrüstung der betriebsnotwendigen Fahrzeugflotte auf leichte und energieeffiziente Motorfahrzeuge mit alternativen Antriebsformen oder E-Cargobikes

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1279/2019).

Christoph Marty (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 92 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1726. 2019/219

Postulat der FDP-Fraktion vom 22.05.2019:

Aufhebung von Nachtfahrverboten für Elektrofahrzeuge

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Andreas Egli (FDP) begründet das Postulat 2019/219 (vergleiche Beschluss-Nr. 1283/2019).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 17 gegen 89 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1727. 2019/224**Postulat der FDP-Fraktion vom 22.05.2019:****Günstigere Gebühren für Blaue-Zone-Parkkarten für kleinere, leichtere und umweltfreundlichere Fahrzeuge**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dominique Zygmunt (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1288/2019).

Stephan Iten (SVP) begründet den namens der SVP-Fraktion am 12. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 20 gegen 84 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1728. 2019/222**Postulat der FDP-Fraktion vom 22.05.2019:****Längere Parkerlaubnis für umweltfreundlichere und kleinere, leichtere Fahrzeuge**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Andreas Egli (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1286/2019).

Stephan Iten (SVP) begründet den namens der SVP-Fraktion am 12. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 20 gegen 86 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1729. 2018/358**Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Florian Utz (SP) vom 19.09.2018:****Sicherstellung einer Wahlmöglichkeit betreffend mindestens einer warmen vegetarischen Mahlzeit in städtischen Kantinen und Restaurants**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Matthias Probst (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 379/2018).

Elisabeth Schoch (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 3. Oktober 2018 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Susanne Brunner (SVP) beantragt, die vom Ratspräsidenten zuvor geschlossene Redeliste wieder zu öffnen.

Der Antrag von Susanne Brunner (SVP) wird mit 48 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt. Die Redeliste bleibt geschlossen.

Das Postulat wird mit 66 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1730. 2018/361

**Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Guido Hüni (GLP) vom 19.09.2018:
Systematische Erfassung und Reduzierung der Umweltauswirkung von Mahlzeiten in städtischen Kantinen und Restaurants**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Umwelt- und Gesundheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Matthias Probst (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 382/2018).

Elisabeth Schoch (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 3. Oktober 2018 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Umwelt- und Gesundheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 69 gegen 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1731. 2019/143

**Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:
Vereinfachung von energetischen Sanierungen im Sinne des Planungs- und Baugesetzes (PBG), Gewährleistung der Beurteilung von Sanierungen im Anzeigeverfahren und Verzicht auf zusätzliche Auflagen sowie Anteil der denkmalgeschützten und inventarisierten Gebäude am Gesamtenergiekonsum und möglicher Ausbau von Anreizen für Sanierungen**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Interpellation (STRB 810 vom 11. September 2019).

Andri Silberschmidt (FDP) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Das Geschäft ist erledigt.

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1732. 2019/421

Postulat von Res Marti (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 25.09.2019: Verbesserung der Verkehrssituation für Zufussgehende und Velofahrende im Haltestellenbereich der Hardbrücke

Von Res Marti (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) ist am 25. September 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Verkehrssituation für Zufussgehende und Velofahrende im Haltestellenbereich der Hardbrücke mit einfachen Mitteln verbessert werden kann. Dafür kommen zum Beispiel farbliche Markierungen des Wartebereichs für Zufussgehende mit gelben Flächen (analog Langstrassenunterführung), eine Signalisation eines separierten Fuss-/Veloweg mit einer gelben Trennlinie, eine Ampelschaltung zusätzlich zu den Bodenlichtern usw. in Frage.

Begründung:

Die aktuelle Situation führt jeden Tag zu Konflikten. Die am Boden angebrachten Lichter haben die Situation zwar verbessert, aber das genügt nicht. Eine Signalisation muss auf den ersten Blick möglichst intuitiv verständlich sein. Wenn eine Verkehrssignalisation mittels Lehrvideos erklärt werden muss und trotzdem von vielen noch nicht verstanden wird, hat die Signalisation offensichtlich ihre Intention verfehlt. Das aktuelle Regime ist für viele Verkehrsteilnehmenden ohne eine verkehrstechnische Schulung nicht verständlich.

Da eine wirkliche Lösung durch eine durchgehende Veloroute und die Aufhebung des Mischverkehrs auch für Jahre nicht in Sicht ist, sollte das aktuelle System optimiert werden. Dabei steht nicht die signalisationstechnische Perfektion nach VSS-Normen im Vordergrund, sondern die Verständlichkeit des Regimes. Es muss auch für Personen, welche das erste Mal dort sind möglichst direkt ersichtlich sein, dass Zufussgehende im Bereich hinter dem Lichtstreifen warten sollen und Velofahrende nur bei weissen Lichtern und nur über den Lichtstreifen fahren sollten.

Selbstverständlich ist die Situation damit nicht bereinigt, es werden aber zumindest die Konflikte, welche auf dem Missverständnis der Intention der Signalisation beruhen, gesenkt.

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

1733. 2019/422

Schriftliche Anfrage von Simone Brander (SP) vom 25.09.2019: Nicht bewilligte Parkplätze auf privatem Grund, Zahlen zum Ausmass der nicht bewilligten Parkplätze und Angaben zur Praxis betreffend den nachträglichen Bewilligungen der illegal markierten Parkplätze sowie Möglichkeiten zur konse- quenteren Anwendung der geltenden Parkplatzverordnung (PPV)

Von Simone Brander (SP) ist am 25. September 2019 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Parkplatzverordnung (PPV) regelt die Zahl der nötigen und möglichen privaten Parkplätze für Nutzungen aller Art. Mit der laufenden Verdichtung der Stadt droht die Zahl der privaten Parkplätze ebenfalls entsprechend zuzunehmen, was infolge des damit einhergehenden zusätzlichen Autoverkehrs nicht erwünscht ist – denn das Angebot an Parkplätzen ist eine zentrale Steuerungsgrösse bei der Reduktion des CO₂-Ausstosses durch den privaten Autoverkehr und hat einen grossen Einfluss auf die Verteilung des knappen Platzes – sowohl im öffentlichen wie auch privaten Bereich – in der wachsenden und sich verdichtenden Stadt. Deshalb ist es sinnvoll, die PPV erneut anzupassen, d. h. die Zahl der möglichen und nötigen Park-

plätze je Nutzungseinheit erneut zu senken – wie dies der Stadtrat im kürzlich öffentlich aufgelegten kommunalen Verkehrsrichtplan bereits vorgeschlagen hat. Allerdings greift das Instrument der PPV nur, wenn es auch vollzogen und durchgesetzt wird.

Vor diesem Hintergrund hat die Beobachtung, dass vielerorts regelmässig Flächen als Parkplätze benützt werden, obwohl sie nicht als Parkplätze auf Privatgrund bewilligt worden sind, einige Brisanz. Einige Beispiele: So parkieren z. B. regelmässig Autos auf dem Vorplatz der SVA Zürich an der Röntgenstrasse – an Abenden sind es meist mehr als ein Dutzend. Auf dem kleinen Platz des Kirchgemeindehauses an der Imfeldstrasse sind ebenfalls regelmässig Autos abgestellt – deutliches Anzeichen dafür ist, dass der Brunnen auf dem Platz mit Pollern gegen die Falschparkierenden geschützt werden musste. Der Missstand ist offensichtlich bekannt, wird aber nicht behoben, der Platz bleibt zweckentfremdet. Umfeld Nordstrasse zwischen Kornhaus- und Rotbuchstrasse: bei verschiedenen Liegenschaften werden regelmässig Flächen zum Parkieren benutzt, die offensichtlich nicht als solche bewilligt sind. Auf die ganze Stadt übertragen, ist von einigen tausend nicht bewilligten Parkplätzen auf Privatgrund auszugehen.

Werden Parkfelder ohne Bewilligung markiert und die Bewilligungsbehörden (Amt für Baubewilligungen) darauf aufmerksam gemacht, werden die Fehlbaren nicht etwa sanktioniert, sondern freundlich eingeladen, für den nicht bewilligten Parkplatz doch eine Bewilligung einzuholen. So z. B. an der Nordstrasse (Höhe Kornhausstrasse) geschehen, wo ein illegal markierter Parkplatz einer Firma im Nachhinein bewilligt worden ist, obwohl er nur über Fussgängerflächen erreichbar ist und so neu die Sicherheit des Fussverkehrs – speziell von Schulkindern – gefährdet. Dafür wurde im Hinterhof der Liegenschaft ein bestehender nicht störender Parkplatz aufgehoben. Werden private Flächen genügend lange illegal als Parkplätze benutzt, geniessen diese Parkplätze Bestandesgarantie, auch wenn dabei die Parkplatzzahl das Maximum gemäss gültiger PPV übersteigt. So z. B. geschehen an der Nordstrasse 175, wo trotz wiederholter Interventionen der Nachbarschaft eine Fläche dank langjähriger Vermietung als Parkplatz nun Bestandesgarantie als Parkplatz geniessen. Entscheidend war dabei, dass der Besitzer der Flächen den langjährigen Missbrauch mittels Parkplatz-Mietverträgen nachweisen konnte. Diese Praxis stellt eine Einladung an alle Grundeigentümer/innen dar, Flächen als Parkplätze zu missbrauchen. Wird der Missbrauch nicht entdeckt, lässt sich von Mietern profitieren, wird er entdeckt, droht schlimmstenfalls dessen Entfernung.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist dem Stadtrat das Problem nicht bewilligter Parkplätze auf Privatgrund bekannt? Welche Schätzungen oder Erhebungen über das Ausmass gibt es? Zu welchem Mehrverkehr führen nicht bewilligte Parkplätze auf Privatgrund jährlich? Zu welchem zusätzlichen Ausstoss von Treibhausgasen führen nicht bewilligte Parkplätze auf Privatgrund jährlich?
2. Wie erfolgt die Kontrolle der Umsetzung der bewilligten Parkplätze auf Privatgrund? Wie wird über diese Kontrolle Bericht erstattet?
3. Wie viele nachträgliche Bewilligungen für illegal markierte bzw. erstellte Parkplätze werden pro Jahr aufgrund von welchen Güterabwägungen erteilt, wie viele verweigert?
4. Es scheint Praxis zu sein, die Eigentümerschaften nicht bewilligter Parkplätze einzuladen, die Parkplätze nachträglich bewilligen zu lassen, anstatt diese zu sanktionieren. Falls dies zutrifft, warum? Welches Verfahren läuft stadintern ab, wenn ein nicht bewilligter Parkplatz den Bewilligungsbehörden (z. B. von um die Sicherheit von schulpflichtigen Kindern besorgten Eltern) gemeldet wird? Wie werden Sicherheitsbedenken (z. B. Schulwege) bei einer nachträglichen Bewilligung illegaler Parkplätze auf Privatgrund einbezogen und gewichtet?
5. Inwiefern ist der Stadtrat bereit, diese zur illegalen Nutzung von Flächen zur Parkierung einladende Praxis zu überprüfen? Welche Massnahmen wird der Stadtrat ergreifen?
6. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, die geltende PPV aus dem Jahr 2015 konsequenter anzuwenden, um das volle vom Gesetzgeber verlangte Potenzial (z. B. zur Minderung von Umweltauswirkungen und zur CO₂-Reduktion) auszuschöpfen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 2. Oktober 2019, 17 Uhr.